



Bundes- tags- brief



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 143 • Die Woche im Bundestag • 31.01.2014

Koalitionsvertrag Punkt für Punkt umsetzen

Während die Bundestagsopposition sich noch immer schwer damit tut, das Votum der Wähler vom letzten Herbst zu akzeptieren, nehmen Bundesregierung und Koalition Fahrt auf.

So hat der Bundestag in dieser Woche über zwei Auslandseinsätze der Bundeswehr entschieden und seine Vertreter in eine Reihe von wichtigen Gremien gewählt. Im Zentrum unserer Plenarsitzungen in dieser Woche stand aber die Aussprache über die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin.

Angela Merkel hat ihr drittes Kabinett in der vergangenen Woche zu einer Auftaktklausur in Meseberg versammelt. Dort haben wir nicht nur die Schwerpunkte der einzelnen Ressorts beraten, sondern auch wichtige Beschlüsse gefasst.

So begrüßen wir es sehr, dass der Bundeswirtschafts- und -energieminister Eckpunkte zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgelegt hat. Sie setzen das um, was wir in den Koalitionsverhandlungen zu dem Thema durchgesetzt haben. Es ist gut, dass die SPD mit Eintritt in die Koalition nun konstruktiv an der Gestaltung der Energiewende mitarbeitet.

Weiter sind wir schon bei einem anderen Thema: Die Mütterrente kommt. Wir haben sie im Wahlkampf versprochen und werden die Verbesserungen jetzt zügig umsetzen. Ab Juli 2014 werden die erhöhten Renten für die Erziehung von vor 1992 geborenen Kindern gelten.

Je nach Dauer des Gesetzgebungsverfahrens und der technischen Umsetzung kann es aber sein, dass die Zahlungen erst später aufgenommen werden können – das wird dann aber rückwirkend zum 1. Juli geschehen.

Wir setzen das Versprechen um und lassen uns keine erneute Grundsatzdebatte um die Mütterrente aufzwingen.

Ohnehin gilt, dass wir mit dem Koalitionsvertrag eine gute Arbeitsgrundlage haben. Alles, was dort vereinbart ist, kann umgesetzt werden und wird umgesetzt. Das gilt auch für jene Punkte, die wir bei einer Alleinregierung nicht in unser Programm aufgenommen hätten. Wir sind vertragstreu, wie wir es auch von unserem neuen Koalitionspartner erwarten.

Wahr ist aber auch, dass einige Vorhaben einfacher als andere umzusetzen sind. Bei der von der SPD eingebrachten abschlagfreien Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren handelt es sich um eine komplexe Materie. Bis heute konnten noch nicht alle Details geklärt und Fragen beantwortet werden.

Wir sind aber zuversichtlich, dass wir die im Koalitionsvertrag vorgesehene Lösung umsetzen können. An unserem Willen und konstruktiven Mitwirken wird es nicht fehlen.

Positionieren und handeln

Mit den Wahlen für die noch offenen Fraktionsämter haben wir in dieser Woche die Konstituierung der Fraktion fortgesetzt.

Nun sind Obleute für die Arbeit in den Ausschüssen und die stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt. So waren wir gut aufgestellt für die Grundsatzdebatten in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Neben der Kanzlerin, die die Generallinie ihrer dritten Amtszeit vorgestellt hat, konnten alle Ressort-Minister die Schwerpunkte ihrer Arbeit darlegen.

Das gab uns die Möglichkeit, uns in der Debatte zu positionieren. Auch hier hat uns der Koalitionsvertrag eine gute Grundlage gegeben.

Wir konnten so erklären, wo und wie sich unser Menschenbild in unserer Politik wiederfindet und warum wir Haushaltsanierung und Euro-Disziplin nicht für einen Selbstzweck, sondern für unabdingbare Voraussetzungen für eine weitere gute Entwicklung unserer Wirtschaft halten.

Wir haben herausgestellt, dass wir mit aller Kraft weiter an der Bildungsrepublik Deutschland arbeiten. Wir stellen für Bildung, Wissenschaft und Forschung enorme Summen bereit und stellen das nicht unter Finanzierungsvorbehalt.

Gleiches gilt für die Unterstützung der Kommunen und den dringend nötigen Ausbau unserer Verkehrswege. Diese Impulse werden dem Land und den Menschen gut tun. Wir müssen uns mit unserem Programm also wahrlich nicht verstecken.

Geschichte mahnt

Die Woche begann am Montag mit einer Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus. 70 Jahre ist es her, dass die Blockade Leningrads endete.

Niemanden wird es unbewegt gelassen haben, als der 95jährige russische Schriftsteller Daniil Granin die Leiden der Bevölkerung Leningrads während der zweieinhalbjährigen Belagerung der Stadt durch die deutsche Wehrmacht geschildert hat.

Fast 900 Tage Angst, Schrecken, Verzweiflung und Tod. Man kann sich das unmenschliche Leiden heute nicht mehr vorstellen – und doch ist es geschehen.

Vergessen wir es nie.

Zur Flüchtlingssituation im Syrienkonflikt

Seit Beginn der Bürgerkriegs-Auseinandersetzungen sind fast drei Jahre vergangen. Mittlerweile sind 9,3 Millionen Menschen innerhalb Syriens auf humanitäre Hilfe angewiesen, nahezu die Hälfte der syrischen Bevölkerung.

2,3 Millionen Syrer sind bisher ins Ausland geflohen. 6,5 Millionen Menschen wurden durch den Konflikt zu Binnenvertriebenen.

Der Libanon beherbergt mit aktuell 880.000 Menschen mehr als ein Drittel der syrischen Flüchtlinge in der Region.

Erwartet wird, dass die Zahl der Flüchtlinge in Jordanien bis Ende 2014 auf 800.000 zunimmt, was dann 13% der Bevölkerung insgesamt ausmacht.

Die Türkei nahm bisher 536.371 Flüchtlinge aus Syrien auf, die in 21 Camps sowie bei türkischen Verwandten Zuflucht gefunden haben. Ende 2013 wurden 206.000 Syrer im Irak vom Hohen Kommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) registriert. 128.823 Syrer haben in Ägypten Zuflucht gefunden.

Die Aufnahme von Millionen syrischer Flüchtlinge stellt die fragile Region vor enorme soziale und wirtschaftliche Herausforderungen. Aktuell arbeiten 150 Hilfsorganisationen in den fünf Ländern, um die Versorgung der Flüchtlinge zu gewährleisten.

Die Vereinten Nationen beziffern den humanitären Bedarf in Syrien für 2014 auf 2,27 Mrd. US-Dollar. Für die umliegenden Länder liegt der Bedarf bei 4,2 Mrd. US-Dollar.

Deutschland gehört zu den größten bilateralen Gebern. Seit 2012 hat unser Land 440 Mio. Euro für humanitäre Hilfsleistungen zu Verfügung gestellt. Neben der Arbeit des UNHCR werden insbesondere Projekte deutscher Nichtregierungsorganisationen unterstützt. Diese Hilfe soll aktuell mit 80 Mio. Euro zusätzlich ausgeweitet werden.

20.000 syrische Flüchtlinge haben seit 2011 in Deutschland Aufnahme gefunden. In einem gesonderten Programm werden 10.000 besonders schutzbedürftige Flüchtlinge gezielt aufgenommen.

Zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen hat Deutschland die Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OVCW) mit 5 Mio. Euro unterstützt.

(Quelle: Auswärtiges Amt, UNHCR)